

sozialismus von unten

AUSGABE OKTOBER 2025 | 1€ Spende | S. 2 Die Polizei: Kein Freund und Helfer – **S. 3** Nein zu Merz's »Herbst der Reform« – **S. 4** Revolten in Indonesien & Nepal – **S. 5** Proteste in Frankreich – **S. 6 & 7** Deshalb will die Regierung uns zum Wehrdienst zwingen – **S. 8 & 9** Was ist Kapitalismus und warum spielt das eine Rolle – **S. 12** 100.000 für Gaza



Fotos: Protest gegen die AfD und den Vormarsch der extremen Rechten (SVU Berlin)

GRÜNDUNG DER AfD-JUGEND VERHINDERN!

Am 29. November will die AfD in Gießen einen neuen Jugendverband gründen. Im Winter hatte sie den Vorgänger aufgelöst. Das war jedoch kein Zeichen der Mäßigung. Die AfD will ihre Jungnazis nicht loswerden, sondern besser integrieren und mit gewaltbereiten Neonazi-Strukturen verzahnen.

Die Faschist:innen der AfD verfolgen eine Umsturzstrategie. Sie wollen eine Terrorherrschaft in der Tradition der NSDAP errichten. Die AfD kann ihre Ziele, wie die millionenfache Ausweisung von Menschen mit Migrationsgeschichte, nur mit Gewalt erreichen. Der Terror des NSU, die Angriffe auf CSDs und die Überfälle auf Wahlkämpfer:innen von SPD, Grüne und Linke verdeutlichen die Gefahr.

Die künftige SA des neuen Faschismus

Die ehemalige AfD-Jugendorganisation Junge Alternative war ein Sammelbecken militanter Neonazis. Durch ihre Auflösung als loser Verein und Neugründung als Parteiorganisation sollen diese Kräfte näher an den inoffiziellen »Führer« der AfD, den Faschisten Björn Höcke, gebunden werden.

Die militante Naziszene rüstet sich bereits heute für einen Bürgerkrieg. Sie trainiert mit Waffen, organisiert Kampfsportevents und greift Minderheiten an. In dieser Szene will die AfD ihre eigenen SA-ähnlichen Kader rekrutieren. Dafür braucht die AfD eine von der Parteiführung kontrollierte Jugendorganisation.

Gründungstreffen blockieren – AfD-Jugend verhindern

Die Proteste nach den Enthüllungen der Massendeportationspläne der AfD haben gezeigt, wie groß das Potenzial für Widerstand ist: Hunderttausende gingen auf die Straße. Wenn es der Bewegung gegen die AfD gelingt, dieses Potenzial in eine Massenblockade gegen den AfD-Parteitag in Gießen umzuwandeln, kann es uns gelingen, den Parteitag zu verhindern – und damit die Gründung der AfD-Jugend zumindest um Monate hinauszuzögern.

Die Kampagne »Widersetzen« organisiert und koordiniert den Protest gegen den AfD-Parteitag in Gießen. Beteilige dich an der Mobilisierung, Vorbereitung und der Blockade! <

■ *Simo Dorn, Frankfurt am Main*



Mehr Infos:
widersetzen.com





Foto: Gedenkkundgebung am internationalen Tag gegen Polizeigewalt am 15.03.2025 in Berlin (Instagram: @nessmatmo).

DIE POLIZEI: KEIN FREUND UND HELFER

Immer wieder gibt es rassistische Polizeigewalt in Deutschland. Auch für den Kampf gegen die AfD ist die Polizei ein Hindernis.

Nelson war 15 Jahre alt, als er am 1. August in einer Polizeizelle in Ottweiler im Saarland starb. Die Polizei gibt an, dass der schwarze Teenager sich das Leben genommen habe. Mithäftlinge berichten dagegen, dass ein Wärter Nelson zuvor zusammengeschlagen haben soll. Inzwischen fordert eine Initiative Aufklärung und Gerechtigkeit für Nelson.

Nelsons Tod ist kein Einzelfall. Nur wenige Monate vor Nelsons Tod erschoss ein Polizist in Oldenburg den 21-jährigen Lorenz. Seit 1990 sind 180 rassistisch unterdrückte Menschen in deutschen Gefängnissen oder bei Polizeieinsätzen getötet worden. Für Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund ist die Polizei eine tägliche Bedrohung.

Ordnung bedeutet Unterdrückung

Das liegt nicht in erster Linie an der Einstellung einzelner Menschen bei der Polizei. Das Hauptproblem ist die Rolle der Polizei in unserer Gesellschaft. Die Polizei soll die herrschende Ordnung schützen. Zu dieser Ordnung gehört zum Beispiel, dass viele Menschen täglich ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, während andere davon reich werden.

Außerdem gehört es zur herrschenden Ordnung, Menschen zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Eine Form dieser Spaltung ist rassistische Unterdrückung. Geflüchtete Menschen haben es zum Beispiel schwer, legal zu arbeiten oder überhaupt auf legalem Wege nach Deutschland zu kommen. Dafür sorgt die Regierung per Gesetz.

Rassismus in der Polizei

Die Polizei hat unter anderem die Aufgabe, diese Gesetze durchzusetzen. Das bedeutet, dass für viele Menschen Polizeikontrollen zum Alltag gehören. Gerechtfertigt wird diese Unterdrückung dadurch, dass Geflüchtete

und People of Colour zur Bedrohung erklärt werden, als angeblich islamistisch, frauenfeindlich und kriminell.

Rassistische Handlungen und Ideen sind in der täglichen Arbeit der Polizei tief verankert. Auf diesem Nährboden der Entmenslichung entsteht Polizeigewalt. Außerdem fördert er eine Radikalisierung nach rechts. Anfang September mussten acht Polizisten in Niedersachsen ihre Handys abgeben, um eine rassistische Chatgruppe aufzuklären – erneut.

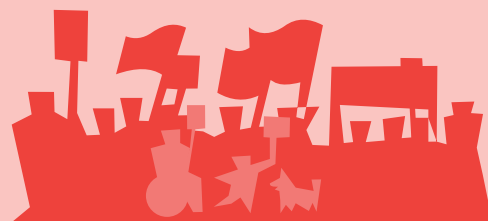
Nazis in der Polizei

Solche Chatgruppen fliegen immer wieder auf. Manche Netzwerke begnügen sich aber nicht mit rassistischen Chats, sondern setzen ihre Phantasien in die Tat um. Die Gewaltandrohungen des NSU 2.0 gegen Linke und antirassistische Aktive gingen von Rechnern der hessischen Polizei aus.

Vor wenigen Tagen wurden mehrere scharfe Kurz- und Langwaffen in Wohnungen mutmaßlicher Mitglieder der rechtsextremistischen Gruppe »Nordbund« sichergestellt – eine Vereinigung, die schon länger beobachtet wird. Nun wurde öffentlich: Unter ihnen sind Bundeswehrsoldaten und ein Bundespolizist.

Es ist denkbar, dass die geplante Gründung des neuen AfD-Jugendverbands in Gießen von Polizist:innen aus Frankfurt geschützt wird, wo es ebenfalls rechte Chatgruppen gegeben hat. Antifaschistinnen und Antifaschisten können sich im Kampf gegen Nazis auf die Polizei nicht verlassen. <

■ *Mitchie und Jan Maas, Berlin*



NEIN ZU MERZ' »HERBST DER REFORMEN«

**Unterstützung für den Völkermord, Sozialabbau, Rassismus, fossile Energie und Wett-
rüsten – das ist die Bilanz von sechs Monaten schwarz-rot. Politische Gewinnerin ist
die AfD.**

Während der Völkermord im Gazastreifen und dessen deutsche Unterstützung weitergehen, plant die Bundesregierung Angriffe auf den Sozialstaat. CSU-Chef Markus Söder fordert »harte Reformen« zur Senkung der Kosten »im gesamten sozialen Bereich«.

Zu diesem Zweck plant Kanzler Friedrich Merz für den Herbst »Reformen der Sozialsysteme«. »Wir leben seit Jahren über unsere Verhältnisse«, sagte der CDU-Vorsitzende.

Dieser Satz ist eine Frechheit von Merz, der als Vorsitzender des Aufsichtsrates von Blackrock mit dafür gesorgt hat, dass die Reichen reicher und die Armen ärmer wurden. Er kam mit einem Vermögen von zwölf Millionen Euro in die Politik zurück. Eine gut verdienende Person, die jeden Monat 1.000 Euro zur Seite legt, müsste tausend Jahre dafür arbeiten.

SPD-Chefin und Arbeitsministerin Bärbel Bas gehen die Vorstellungen von Söder und Merz zu weit – weil sie mit dem Grundgesetz nicht vereinbar seien. Sie sucht nach Möglichkeiten, den Sozialstaat abzubauen, die rechtlich durchsetzbar sind.

Rassismus soll ablenken

Zur Ablenkung greift die Regierung zu Rassismus. Sie behauptet, EU-Bürger:innen kämen absichtlich nach Deutschland, um hier in Teilzeit wenig zu verdienen und Bürgergeld-Aufstockung zu bekommen.

»Kriminelle Banden« sollen angeblich »Osteuropäer« in »geringfügige Beschäftigung« bringen, um deren Bürgergeld abzukassieren, das in »dunkle Kanäle« fließe – das sind die Behauptungen, die die Regierung und die Medien ohne Belege wiedergeben.

Die Regierung versucht, Arbeitsmigrant:innen und Geflüchtete für die Misere in Deutschland verantwortlich zu machen. Damit macht sie die AfD stark.

Die AfD liegt mittlerweile in Umfragen bundesweit vor der CDU und ist in allen ostdeutschen Ländern mit Abstand

stärkste Kraft. Bei den Kommunalwahlen in NRW, einst die Herzkammer der SPD, konnte die AfD ihr Ergebnis gegenüber der Wahl 2020 fast verdreifachen.

Das Problem sind aber nicht Migrant:innen, sondern die Priorität des kapitalistischen Systems: Es geht immer um die »Wettbewerbsfähigkeit« der Konzerne – sprich: um Profite. Dem ordnet die Regierung alles unter.

Profite über alles

In diesem Sinne möchte die Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche neue Gaskraftwerke bauen und Erdgas in der Nordsee fördern lassen. Die zusätzliche Energie wird hauptsächlich gebraucht, um die deutsche Wirtschaft im Wettlauf um die KI-Technologie konkurrenzfähig zu machen – in den USA sind KI-Server bereits für rund zehn Prozent des gesamten Stromverbrauchs verantwortlich.

Das ist auch ein Grund, warum die EU-Kommission sich nicht auf gemeinsame Klimaziele für 2035 einigen kann. Und während die Armut wächst und die globalen Temperaturen steigen, verschwendet die Regierung Ressourcen für ihren Beitrag zum weltweiten Wettüben.

Damit steht die deutsche Regierung nicht alleine. Wir sehen dasselbe Bild überall auf der Welt: Trump in den USA, Macron in Frankreich, Putin in Russland, Xi in China – kein Land der Erde, in dem die Regierung nicht die eigene Bevölkerung den Profitinteressen der Konzerne und Reichen unterordnet.

Der nächste Schritt ist, die AfD zu schwächen und in Gießen die Gründung ihrer Jugendorganisation zu verhindern. Aber eigentlich braucht es auch hier Proteste wie die Aufstände in Indonesien, Nepal und den Philippinen und wie die Streiks in Italien und Frankreich. Über diese Perspektive diskutiert Sozialismus von unten mit allen Interessierten vom 12.-14. Dezember auf dem *zündfunke*-Kongress in Berlin. <

■ *Redaktion & Politische Leitung*

KOLLEKTIVER WUTAUSBRUCH IN INDONESIEN

Eine Protestwelle erschüttert Indonesien. Auslöser war die Ankündigung hoher Wohnbeihilfen für Abgeordnete, während Millionen unter Kürzungen leiden. Der Betrag liegt beim Zehnfachen des Mindestlohns.

Besonders arme Stadtbewohner:innen, Studierende und Demokratieaktivist:innen trugen die Bewegung. Ihre Wut steigerte sich, als Polizisten den Motorradtaxifahrer Affan Kurniawan überfahren und töteten. Weitere Demonstrierende starben durch Polizeigewalt.

Die Empörung richtet sich nicht nur gegen Präsident Subianto. Viele sehen die gesamte Elite in der Verantwortung. Nach dem Sturz Suhartos 1998 hatten Reformkräfte Demokratie versprochen. Stattdessen vertiefte neoliberale Politik soziale Ungleichheit und schwächte Institutionen.

Die Erinnerung an die blutige Militärdiktatur prägt das Misstrauen. Millionen erleben heute, dass Macht und Reichtum in den Händen weniger bleiben. Deshalb hat die Bewegung breite Unterstützung, besonders unter prekär Beschäftigten.

Zum Symbol der Rebellion wurde die »One Piece«-Piratenflagge. Sie ersetzt nationale Symbole und drückt den Bruch mit der herrschenden Ordnung aus.

Ob die Bewegung wächst, hängt davon ab, ob sie weitere Teile der Arbeiterklasse erreicht. Nur dann könnte sie die Koalition der Regierung ernsthaft erschüttern und den geforderten Wandel erzwingen. <

■ Yuri Prasad, London



Foto: Proteste gegen die Regierung entladen sich in Indonesien (The Left Berlin).

REVOLTE ERSCHÜTTERT NEPAL

In Nepal brennt das Parlament, Häuser der Elite liegen in Trümmern. Millionen fordern ein Ende von Korruption, Armut und Unterdrückung.

In Nepal entlud sich die Wut auf die politische Elite. Bilder zeigen ein brennendes Parlament und geplünderte Villen. Die Revolte reiht sich ein in Aufstände in Asien und dem Globalen Süden, wo Krisen auf die Armen abgewälzt werden.

Nepal gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Millionen leben in Armut, viele junge Menschen sind arbeitslos oder müssen im Ausland arbeiten. Gleichzeitig prahlt eine neue Reichenklasse, die »Nepo Kids«. Ein Video über ihren Luxus wurde zum Funken für den Aufstand.

Seit 2008 regieren dem Namen nach kommunistische und sozialistische Parteien. Doch statt mit dem alten System zu brechen, setzten sie neoliberale Politik durch. Auch Präsident »KP-Oli« griff auf Repression zurück. Als er das Internet einschränkte, brach die Wut offen aus. In zwei Tagen brannten Parlamentsgebäude und Villen nieder, mehr als 50 Menschen starben. Oli musste zurücktreten.

Die Revolte brachte rechte Kräfte auf den Plan. Monarchisten und Nationalisten versuchen, Einfluss zu gewinnen. Auch die USA und China mischen sich ein: Washington über Investitionen, Peking über die »Neue Seidenstraße«. Nepal bleibt so im Griff von Imperialismus und neoliberaler Politik.

Die Maoist:innen hatten einst Millionen mobilisiert und die Monarchie gestürzt. Doch ihre Etappenstrategie blockierte einen radikalen Umbruch. Sie erklärten das Land für »nicht reif für den Sozialismus« und beließen es bei bürgerlicher Demokratie. Landreform, Enteignungen oder Ausbau öffentlicher Produktion blieben aus. Stattdessen verwalteten sie das System und bereicherten sich.

Heute richtet sich die Wut gegen diese alte Linke. Auf den Straßen zeigen die Menschen Kreativität, Energie und Entschlossenheit. Die Revolte könnte den Beginn einer neuen Bewegung markieren, die über Reformen hinausgeht und das System selbst herausfordert. <



Foto: Blockaden und Demos gegen Präsident Macron in Frankreich (John Mullen).

FRANKREICH: MACRON MUSS WEG!

Am 10. und 18. September gab es riesige Mobilisierungen. Doch für eine echte Veränderung reicht das nicht.

Am 8. September stürzte die wackelige Minderheitsregierung in Frankreich. Seit Juni 2024 stellt die Linke die größte Fraktion in der Nationalversammlung. Doch Präsident Macron weigert sich, einen linken Premierminister zu ernennen. Bayrou ist bereits der zweite rechte Regierungschef, der scheiterte.

Bayrou legte einen Haushalt mit Kürzungen von über 40 Milliarden Euro vor. Außerdem wollte er zwei Feiertage streichen. Angesichts der Drohung einer Gelbwesten-ähnlichen Revolte durch das neue Netzwerk »Alles blockieren«, massiven Streiks und Widerstand im Parlament setzte Bayrou auf ein Vertrauensvotum. Er hoffte, dass die Sozialistische Partei oder der faschistische Rassemblement National ihn retten würden – wie noch Monate zuvor. Doch das Kalkül ging nicht auf.

64 Prozent wollen, dass Macron geht

Macron reagierte sofort und ernannte Verteidigungsminister Sébastien Lecornu zum neuen Premier. Lecornu steht für aufgeblähte Militäretats, lehnt die Ehe für alle ab und pflegt enge Kontakte zu Marine Le Pen.

Die radikale Linke um La France Insoumise, zusammen mit Kommunist:innen und Grünen, fordert Macrons Rücktritt oder seine Amtsenthebung. Laut Le Figaro wollen 64 Prozent der Französinnen und Franzosen, dass er sofort abtritt.

PS unter Druck

Die SPD-ähnliche Sozialistische Partei (PS) steht unter enormem Druck. Sie schloss im letzten Jahr ein Wahlbündnis mit Kräften links von ihr, um den Einzug der Faschist:innen in die Regierung zu verhindern. Nun buhlt die Parteiführung jedoch um Macrons Gunst. Sie wollte selbst den Premier stellen.

Als das scheiterte, verweigerte sie trotzdem eine klare Absage an Lecornu. »Wir hören ihm zu, aber wir machen keinen Bauchtanz für ihn«, erklärte die PS-Fraktionschefin im Senat. Für viele Menschen roch es verdächtig nach Nebelkerzen, als die PS-Spitze Lecornu zum Gespräch traf.

Proteste und Streikwelle

Am 10. September organisierten Aktivist:innen der Bewegung »Alles blockieren« hunderte Aktionen. Autobahnen, Supermärkte und Schulen wurden blockiert. Am 18. September folgte eine gigantische Streikwelle. Laut Umfragen unterstützten bis sympathisierten 56 Prozent der Bevölkerung mit den Streikenden, nur 25 Prozent lehnten sie ab.

Eine Million Menschen auf der Straße

Lehrer:innen und Krankenhauspersonal, Energie- und Bankangestellte, Busfahrer:innen und Beschäftigte der Kommunen traten in den Ausstand. Viele Fabriken standen still, 14 Universitäten waren blockiert. In Paris fuhr die Metro nur zu den Stoßzeiten.

Über eine Million Menschen gingen auf die Straße. Studierende beteiligten sich massenhaft. Ein Transparent erklärte: »Der Staatshaushalt wird auf der Straße entschieden.« Der Staat reagierte mit einer grotesk überdimensionierten Polizeipräsenz, inklusive Panzerfahrzeugen.

Doch damit Macron endlich geht, müssen Streiks und Blockaden weiter eskalieren. <

■ John Mullen, Paris

John Mullen ist revolutionärer Sozialist im Großraum Paris und Unterstützer von La France Insoumise. Seine Website: randonbolshevik.org.



Foto: Amerikanischer Soldatenfriedhof und Gedenkstätte in der Normandie (Flickr.com, Kathleen McWilliams, cc by-nc-sa 2.0).

DESHALB WILL DIE REGIERUNG UNS ZUM WEHRDIENST ZWINGEN

Deutschland soll wieder kriegstüchtig werden. Dafür werden massenhaft Soldat:innen benötigt. Fabian Lehr und Zoe B. von SVU haben die Wehrpflicht auf einer Veranstaltung für uns eingeordnet – wir geben ihre Argumente wieder.

Schon in der letzten Legislaturperiode hat die CDU das Thema Wehrpflicht auf den Plan gerufen. Der damalige Bundeskanzler Scholz hat die Wiedereinführung nach vielen negativen öffentlichen Reaktionen noch ausgeschlossen. Heute sind es auch Stimmen aus der SPD und von den Grünen, die die Rückkehr zur Wehrpflicht fordern. Sie soll nach fast 15 Jahren schrittweise wieder eingeführt werden.

Bereits jetzt ist das Interesse an Beratung für Verweigerer groß, berichtet die Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegner:innen (DFG-VK). Spätestens, wenn sich nicht genügend Freiwillige zum Wehrdienst melden, wird es steigen. Schon heute hat es die Bundeswehr nicht leicht, ihr aktuelles Soll von 180.000 Soldat:innen zu halten. Für die Zukunft sollen es laut Roderich Kiesewetter (CDU) 460.000 Soldat:innen sein. Zusätzlich einer Reservearmee mit 200.000 Reservist:innen.

Ein Rückblick

Nach dem Fall der Sowjetunion schien der westliche Imperialismus zunächst keine relevanten Rivalen mehr zu haben. Russland war damals geschwächt und fiel als internationaler Akteur aus. Auch China war weit davon entfernt, NATO-Staaten herausfordern zu können.

Ihre Armeen haben die Staaten der NATO daraufhin nur noch für kleinere imperialistische Raubzüge und Bestrafungsaktionen gegen weit unterlegene Staaten und Milizen des sogenannten »Globalen Südens« benötigt. Für solche Gegner brauchte man keine großen Heere, sondern kleine Interventionstruppen mit High-Tech-Aufklärung und -Waffen. So sind viele Nato-Staaten zu kleinen Berufarmeen übergegangen.

Den ersten Kampfeinsatz im Rahmen einer Nato-Mission führte die Bundeswehr 1999 im sogenannten »Kosovokrieg« gegen Serbien. Der Krieg diente einerseits der Eindämmung russischen Einflusses in Südosteuropa und andererseits wollte US-Präsident Clinton der EU deutlich machen, dass die EU ohne die USA nicht einmal an ihrer direkten Grenze handlungsfähig ist.

Der nächste folgte in Afghanistan. Dabei ging es um die Vormacht der USA im Mittleren und Nahen Osten, die Vorbereitung auf den Angriff gegen den Irak und – auch damals schon – die Schwächung des Einflusses Chinas über die »neue Seidenstraße«.

Im Zuge des »Krieges gegen den Terror« errichtete das US-Militär einen Ring von Militärbasen um China: Von ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien über Afghanistan bis Pakistan. Die Basen im Indischen Ozean, auf Taiwan, in Südkorea, Japan und im Pazifik, unter anderem auf Guam und den Philippinen, wurden teils reaktiviert, teils erweitert.

Die Einsätze gegen den »Islamischen Staat« in Syrien und im Irak kamen 2014 hinzu. Im gleichen Jahr annektierte Russland die Krim und löste damit die Krim-Krise aus. Dies nutzten die Bundesrepublik und die EU ebenfalls zur Rechtfertigung weiterer Aufrüstung und zu einer strategischen Neuausrichtung gegenüber Russland.

Konkurrenz spitzt sich zu

Weltweit hat sich die Konkurrenz zwischen imperialistischen Staaten immer weiter verschärft. Auch für deutsche Unternehmen wurde der aktive Nationalstaat in dieser Konkurrenz wichtiger, um im Ringen um Einfluss und Märkte in der Welt bestehen zu können.

Russland hatte sich wieder etabliert und China sich zu einer militärischen und wirtschaftlichen Großmacht entwickelt. Der NATO-Block musste sich mit der Möglichkeit vertraut machen, dass zur Wahrung der eigenen Kapitalinteressen auf dem Weltmarkt wirtschaftliche Konkurrenz in militärische Konflikte umschlagen kann und muss. Zunehmend akut wurde dies mit der russischen Invasion in die Ukraine.

Renditeversprechen im Osten

Massenproteste gegen die pro-russischen Oligarchen verschoben die Kräfteverhältnisse in der Ukraine zugunsten der pro-westlichen Oligarchen. So orientierte sich die Ukraine in Richtung EU und USA. Sie erhielt von ihnen

Kredite, aber nur gegen ein hartes wirtschaftspolitisches Diktat. So wurden der ukrainische Sozialstaat zerschlagen und massenhaft Staatsbedienstete entlassen.

Der ukrainische Markt wurde mit westlichem Kapital geflutet. Staatsbetriebe wurden privatisiert und verkauft. Die Ukraine musste das in ihrer Verfassung festgeschriebene Verbot des Landverkaufes an ausländische Konzerne derart ändern, dass nun die Verpachtung an ausländische Investoren möglich ist. Das hat dazu geführt, dass sich ein Großteil der Nutzfläche im Besitz westlicher Konzerne befindet.

Die ukrainische Mobilmachung und Kriegsführung konnte nur mit Waffenlieferungen von beispiellosem Ausmaß möglich gemacht werden. Der seitdem stattfindende Abnutzungskrieg demonstriert deutlich, dass die Konkurrenz um Ressourcen und Marktanteile in Osteuropa nicht mit kleinen Armeen gewonnen werden kann.

Er zeigt ebenso deutlich, dass um die Frage gekämpft wird, ob die Ukraine weiterhin eine Wirtschaftskolonie des westlichen Imperialismus bleibt oder erneut unter das Diktat Russlands geht. Weder dem Westen noch Putin geht es um die Freiheit der Ukrainer:innen.

Innenpolitische Konfrontation

Die Regierung Merz versucht, ihre militärische Interventionsfähigkeit im Ausland innenpolitisch zu legitimieren. Dazu dient der Nationalismus, den die aktuelle Regierung schürt, einhergehend mit Repressionen gegen Kriegsgegner:innen und rassistischer Hetze zur Spaltung.

Die kapitalistischen Klassen im Westen befinden sich in einer ideologischen Krise. Der Neoliberalismus als regelbasierte weltwirtschaftliche Ordnung freier Märkte scheint vorbei. Gleichzeitig ist bisher nichts Vergleichbares an seine Stelle getreten.

Viele Menschen sind auf der Suche nach Antworten. Teilweise wird dieses Vakuum schon gefüllt, allerdings von Nationalist:innen und der extremen Rechten. Umso wichtiger ist eine grundlegende und knallharte Kritik an den bestehenden Verhältnissen mit klaren antimilitaristischen Positionen.

Kapitalismus und Imperialismus hängen untrennbar miteinander zusammen. Imperialismus ist ein System der wirtschaftlich am stärksten entwickelten und mächtigsten, kapitalistischen Staaten, die um die Aufteilung der Welt untereinander kämpfen. Die Verschiebungen in der deutschen Außenpolitik seit 2022 und die Debatte über die Rückkehr zur Wehrpflicht sind deshalb keine neuen Entwicklungen, sondern knüpfen an lange bestehende Interessen an.



Foto: Wiedererrichteter Ehrenhain der gefallenen Soldat:innen des Feldlagers Kundus (Wikimedia Commons, SvenFink, 05.03.2015, cc by-sa 4.0).

Wir sterben nicht für eure Kriege!

Die NATO hat seit dem Zweiten Weltkrieg mehr als 80 Kriege und militärische Operationen in allen Teilen der Erde durchgeführt. Nie diente der Einsatz dem Friedenserhalt, sondern der militärischen Sicherung und den wirtschaftlichen Expansionsbestrebungen der führenden westlichen Industriestaaten, darunter Deutschland. In diesem Kontext muss auch die fortlaufende Eskalation in diesem Stellvertreterkrieg auf dem Rücken der ukrainischen und russischen Bevölkerung gesehen werden.

Sollte dieser Krieg weiter eskaliert werden, werden mit Einführung der Wehrpflicht auch Söhne, Töchter, Freund:innen, Nachbar:innen und Kolleg:innen zum Dienst an der Waffe gezwungen, um für die Interessen der Herrschenden zu kämpfen – und zu sterben. Wir brauchen eine breite Friedensbewegung, die dagegen mobilisiert.

Die Bewegung gegen den Völkermord in Gaza ist aktuell das dynamischste Element einer antimilitaristischen Bewegung in Deutschland. Eine ihrer Forderungen ist der Stopp deutscher Waffenlieferungen an Israel und der Rüstungs Kooperation mit Israel.

Alle, die sich als Gegner:innen von Krieg, Militarismus und Aufrüstung sehen, sollten sich dieser Bewegung solidarisch anschließen. <

■ Marijam Sariaslani, München



Foto: Überklebte Bundeswehr-Werbung an einer Bushaltestelle in Berlin (SVU Berlin).



MARX MACHT'S KLAR



Fotos: Arbeiter:innen können das System der Ausbeutung besiegen (SVU Hamburg)

WAS IST KAPITALISMUS UND WARUM SPIELT DAS EINE ROLLE?

Der Kapitalismus ist produktiver und dynamischer als jedes frühere System – doch all dieses Potential zur Erfüllung unserer Bedürfnisse wird verschwendet.

Es gibt keine Alternative zum Kapitalismus – oder zumindest will das Establishment uns das glauben machen. Wie der Theoretiker Fredric Jameson einmal feststellte: Es ist einfacher, sich das Ende der Welt vorzustellen, als das Ende des Kapitalismus.

Der Kapitalismus mag nicht perfekt sein. Wir mögen die Krisen, die Klimakatastrophe und die miserablen Arbeitsbedingungen nicht – aber es fällt schwer, sich etwas grundsätzlich Anderes vorzustellen.

Der Kapitalismus ist gar nicht so alt

Eine der wichtigsten Leistungen von Karl Marx war es, zu analysieren, wie der Kapitalismus entstand, wie er fortbesteht und wie er überwunden werden kann. Der Kapitalismus ist in der Menschheitsgeschichte relativ neu. Er begann sich ernsthaft in Europa im späten Mittelalter zu entwickeln und breitete sich im 19. Jahrhundert über den Globus aus.

Der Kapitalismus beruht auf zwei großen Spaltungen: Erstens die Spaltung zwischen den Kapitalist:innen selbst.

Es ist leicht, den Kapitalismus mit der Gier der Eliten gleichzusetzen, die die Welt beherrschen – denken wir an den obszönen Reichtum von Elon Musk, Jeff Bezos und Warren Buffet. Aber der Kapitalismus ist nicht nur die obszöne Gier einzelner Individuen.

Konkurrenz – Fluch und Segen?

Kapitalist:innen sind gezwungen, miteinander zu konkurrieren, um mehr Gewinne zu erzielen und einen größeren Anteil des Marktes für ihre Produkte zu beherrschen. Wenn sie nicht erfolgreich konkurrieren, werden sie von erfolgreicheren Firmen übernommen oder gehen in Konkurs.

Der Wettbewerb zwischen den Kapitalist:innen zwingt sie dazu, die Produktion in einem Umfang zu entwickeln, der in keiner früheren Gesellschaft denkbar war.

Marx schrieb, dass die Kapitalist:innenklasse nicht existieren kann, ohne »ständig die Produktionsmittel und damit die Produktionsverhältnisse zu revolutionieren«. Der Kapitalismus ist ein dynamisches System.

Das bedeutet aber auch, dass die Bosse gezwungen sind, ihre Angestellten immer länger für weniger Geld arbeiten zu lassen. Und sie müssen ständig in neue Technologien investieren, die ihnen einen Wettbewerbsvorteil verschaffen sollen.

Die Bosse sind untereinander zerstritten. Ihr gnadenloser, erbarmungsloser Konkurrenzkampf ist Stoff für Fernsehserien wie *Succession*. Doch es gibt eine Sache, die sie zusammenschweißen kann – die Gefahr des Widerstands von denen, die sie ausbeuten.

Ausbeutung steckt im Zentrum des Kapitalismus

Denn die zweite große Spaltung im Herzen des kapitalistischen Systems ist die zwischen den Bossen, also der Bourgeoisie, und der Arbeiterklasse.

Der Kapitalismus ist einzigartig, weil er ein System der verallgemeinerten Warenproduktion ist. Waren sind Güter, die für den Verkauf auf dem Markt produziert werden. Die Arbeitskraft der Beschäftigten – also ihre Fähigkeit zu arbeiten – wird selbst zur Ware, und Lohnarbeit wird zur vorherrschenden Form der Arbeit.

Die Kapitalist:innen glauben gern, dass ihr Reichtum aus klugen Investitionen und innovativer Technik entsteht. Doch in Wahrheit ist es die Arbeit der Beschäftigten, die Profite schafft. Die Bosse versuchen ständig, die Belegschaft dazu zu bringen, schlechtere Bedingungen zu akzeptieren.

Deshalb haben die Arbeiter:innen ein gemeinsames Interesse daran, sich zu organisieren und den Forderungen der Bosse kollektiv entgegenzutreten. Dieses gegensätzliche Verhältnis zwischen Arbeiter:innen und Kapitalist:innen ist die grundlegende soziale Beziehung, die den

Kapitalismus bestimmt.

Die Konkurrenz macht den Kapitalismus zu einem anarchischen System. Ob es für die produzierten Waren einen Markt gibt, merken die Kapitalist:innen erst, wenn diese zum Verkauf angeboten werden. Das führt zu Bergen von Gütern, die niemand kaufen will, und zugleich zu schrecklichen Engpässen bei Dingen, die dringend gebraucht werden, aber nicht genügend Profit abwerfen.

Der Kapitalismus kann die Bedürfnisse der Menschheit nicht befriedigen

Unsere Fähigkeit, die Produktion vernünftig zu planen – um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen und die Gesundheit des Planeten zu schützen – wird durch den Prozess der Profitakkumulation zunichte gemacht.

Der Kapitalismus ist produktiver und dynamischer als jedes frühere System. Doch all dieses Potenzial, menschliche Bedürfnisse zu erfüllen, wird verschwendet. Stattdessen ist er zwangsläufig von Unmenschlichkeit, Ungleichheit, Krisen, Kriegen und Zerstörung geprägt.

Es gibt nur einen Weg, den Kapitalismus abzuschaffen und den Sozialismus zu verwirklichen: Die Arbeiter:innen müssen die Verantwortung für und Kontrolle über die Produktion durch demokratische Planung selbst übernehmen. <



zündfunke
12.-14. Dezember
in Berlin

Kongress für einen Sozialismus von unten

Tickets jetzt erhältlich!



Manchmal entfacht ein Funke einen revolutionären Flächenbrand. Doch ein Umbruch braucht Kräfte, die auf solche Momente vorbereitet sind. Wer sich auf der Welt umschaute, kommt schnell zu dem Schluss: **So wie es ist, darf es nicht bleiben.** Es braucht einen Bruch mit dem bestehenden System des Kapitalismus, das Profit über Menschen stellt. Auf dem Kongress wollen wir uns auf der Basis von marxistischer Theorie und Praxis über Ideen für den Kampf und die Aussicht eines Sozialismus von unten austauschen.

Kampf gegen Rechts | Palästina | Antimilitarismus | LGBT+ | Frauenbefreiung | Staat und Revolution | und vieles mehr

u.a. mit
Özlem Demirel
Christine Buchholz
Simon David Dreßler
Ramsis Kilani
Elisa Baş

WAS WILL SOZIALISMUS VON UNTEN?

Sozialismus von unten ist eine revolutionäre Organisation mit Ortsgruppen und Mitgliedern in vielen Orten Deutschlands. Wir vertreten eine sozialistische Perspektive von unten: Die Befreiung der arbeitenden Klasse kann nur ihr eigenes Werk sein. Eine wirklich demokratisch-sozialistische Gesellschaft muss von unten erkämpft werden und kann nicht von oben durchgesetzt werden. Statt einer Welt der Umweltzerstörung, Armut und Kriege wollen wir eine befreite Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen im Zentrum stehen.

Wir arbeiten in Bewegungen, Betrieben und Gewerkschaften gegen Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Unterdrückung und gegen Faschismus. Wir sind überzeugt, dass wir uns organisieren müssen, um unser Ziel von einer sozialistischen Gesellschaft zu erreichen.

Ideen alleine können das System des Kapitalismus nicht stürzen. Aber die Erfahrungen der Geschichte und die Theorien des Marxismus bieten einen unerlässlichen Kompass, um den Kapitalismus zu bekämpfen.

Die Verantwortung einer revolutionären Partei ist es, als Gedächtnis der Klasse zu fungieren, aus der Analyse von Siegen und Niederlagen zu lernen und revolutionäre Theorie und Praxis miteinander zu verbinden. Eine solche Partei aufzubauen ist unser langfristiges Ziel. Eine solche Partei hat die Aufgabe, in Zeiten von Krisen und Angriffen auf die Arbeitenden der berechtigten Wut der Menschen nicht nur eine Perspektive zu geben, wie es anders sein könnte, sondern auch was dazu notwendig ist.

Als revolutionäre Sozialist:innen beteiligen wir uns am Kampf um Reformen, nicht nur um unmittelbar Verbesserungen zu erreichen, sondern auch, weil dieser Kampf das Klassenbewusstsein und die Organisation stärken kann, indem Kämpfe mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft verbunden werden. <

Kontakt

Sozialismus von unten
Postfach 31 09 43
10639 Berlin



Veranstaltungen

E-Mail: redaktion@sozvu.org

Instagram: @sozialismus_von_unten

TikTok: @inisvu

BlueSky: @sozvu.org

Telegram: t.me/sozvuorg

www.sozvu.org

www.sozialismus-von-unten.org

Redaktionsschluss: 28.09.2025 12:00

V.i.S.d.P.: E. Mourgues, Katharinenstr. 21, 10711 Berlin



BERICHTE



Foto: Tausende Studierende und Beschäftigte protestierten am 8. Juli hessenweit gegen Kürzungen an hessischen Hochschulen (SVU Frankfurt).

HOCHSCHULPAKT HESSEN

Am 8. Juli 2025 demonstrierten 2.000 Beschäftigte und Studierende der TU Darmstadt gegen die geplanten Kürzungen von einer Milliarde Euro in der hessischen Hochschulfinanzierung bis 2030. Das Land fordert dafür den Abbau von etwa 10 Prozent des Hochschulpersonals.

Der Personalrat der TU Darmstadt, die Gewerkschaft ver.di und das Uni-Präsidium warnten in einer Personalversammlung, an der mehr als 500 Beschäftigte teilnahmen, vor signifikanten Folgen für die Lehre, Forschung und die Existenzgrundlage vieler Beschäftigter.

An mehreren hessischen Universitäten und Hochschulen werden höhere Semesterbeiträge und weniger Vorlesungen und Studiengänge erwartet.

**»Bei der Rüstung sind sie fix,
für die Bildung tun sie nix«**

Auf der Demonstration in Darmstadt wiesen Gewerkschafter auf die Verbindung zwischen militärischer Aufrüstung und Kürzungen in Bildung und Forschung hin. Ob bewusst oder unbewusst, es reihen sich die Kürzungen in die sich zuspitzenden militärischen Konflikte und die sich verschärfende imperialistische Konkurrenz auf der Welt ein.

Im Zuge des Angriffs der russischen Armee auf die Ukraine im Frühjahr 2022 und des sich entfaltenden Stellvertreterkrieges auf ukrainischem Boden haben sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung, die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften und die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) für eine Aufhebung der Trennung von ziviler und militärischer Forschung ausgesprochen. Als »Positivbeispiele« einer stärkeren militärischen Forschung nennt das oben genannte EFI unter anderem die israelische IDF-Einheit 8200, welche die Software »Lavender« mit entwickelte und direkt am Völkermord in Gaza beteiligt ist. <

■ *Simo Dorn, Frankfurt am Main*



Foto: Protestierende vor dem Logistikzentrum der DHL am Flughafen Halle /Leipzig (SVU Leipzig).

KEINE WAFFEN FÜR VÖLKERMORD

Am 23./24. August fand der »March to Airport Halle/Leipzig« statt. Rund 700 Menschen hatten sich am Samstag am Leipziger Hauptbahnhof versammelt, um zum Flughafen Halle/Leipzig LEJ in Schkeuditz zu laufen und gegen die Waffenlieferungen an Israel zu protestieren. In Schkeuditz, wo ein Camp aufgebaut wurde, fanden Vorträge und Workshops statt.

Am Sonntag fand vor den Toren von DHL ein Gespräch mit Mitarbeitenden statt. Auf der Kundgebung machte ein Beschäftigter von DHL am Flughafen klar, dass er keine Waffen verladen will. Er hatte schon Pakete von Rheinmetall in der Hand, wobei ihm »anders« wurde.

Betriebliche Arbeit gegen Waffenlieferungen

DHL ist der größte Arbeitgeber am Flughafen und in der Region und ist in militärische Lieferungen involviert. In welchem Umfang und an welche Ziele genau, ist unklar – die Geschäftsführung hält sich bedeckt. Klar ist, dass täglich DHL-Frachtflüge vom LEJ nach Tel Aviv starten. Und Waffenlieferungen an Israel finden vom LEJ statt.

Belegschaften in den Häfen von Genua, Barcelona und Marseille haben in den letzten Monaten Waffenlieferungen gestoppt. Das war nur dank der massiven Unterstützung in der Bevölkerung möglich. Damit so etwas auch am Flughafen Leipzig geschieht, muss die Bewegung noch viel Überzeugungsarbeit leisten – in der Belegschaft und in der Stadt insgesamt.

Repression als Folge

Im Nachgang seiner Rede wurde der DHL-Beschäftigte von der Arbeit freigestellt. Auch anderen teilnehmenden Mitarbeitenden wurde mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen gedroht. Dies ist ein Angriff auf uns alle und kein Einzelfall, sondern Teil eines Systems, das kritische Stimmen unterdrücken will. Gerade deshalb müssen wir geschlossen auftreten und gemeinsam Widerstand organisieren. <

■ SVU Leipzig

SOLIDARITÄT MIT »RHEINMETALL ENTWAFFNEN«

Nachdem seitens der Behörden der Versuch scheiterte, das Camp der Initiative »Rheinmetall Entwaffnen« in Köln ganz zu verbieten, kamen trotz der Repression hunderte Menschen aus ganz Deutschland zusammen. Sie diskutierten, schmiedeten Pläne, demonstrierten und blockierten gemeinsam gegen Aufrüstung und Wehrpflicht.

Ab dem 26. August gab es unter anderem Märsche zur Villa des Rheinmetall-Vorstands Armin Pappberger, eine Blockade des Bundeswehr-Rekrutierungszentrums, eine Besetzung der Kölner SPD-Zentrale und viele weitere Aktionen. Das zeigt die Entschlossenheit der Anti-Kriegs-Aktiven.

Angriff auf »Rheinmetall entwaffnen«

Am Samstag, den 31. August sollten eine Anti-Kriegs-Demonstration des Kölner Friedensforums und die Parade des »Rheinmetall Entwaffnen«-Camps zusammen stattfinden. Genau das versuchte die Polizei mit großer Brutalität zu verhindern: Sie trennte die Demonstrationsteilnehmer:innen aus der breiter verankerten, klassischen Friedensbewegung von den radikaleren Kräften aus dem Camp. Diese schloss sie dann bis in die frühen Morgen-

stunden in einem Kessel ein, darunter auch ältere Frauen und Männer, die sich zufällig in dem Kessel wiederfanden und sich daraus in Sicherheit bringen wollten. Die Polizei gewährte weder Zugang zu Trinkwasser noch zu Nahrung oder Toiletten.

Solidarität und weitere Aktionen

Die staatliche Taktik des »Teile und herrsche« ging jedoch nicht auf. Der abgespaltene, nicht eingekesselte Teil der Demonstration harnte stundenlang solidarisch aus. Standhaft forderten die Menschen, den Kessel aufzulösen. Zudem warfen Anwohnende Lebensmittel und Getränke herunter, filmten die Polizeigewalt zur Dokumentation und lieferten Zuspruch.

Der Staat hat es zunehmend schwer, seine inneren Widersprüche zu verdecken. Die Rüstungsausgaben in Höhe von Hunderten Milliarden Euro stehen in Zusammenhang mit den von Bundeskanzler Merz angekündigten Sozialkürzungen. Wer sich dagegen wehrt, bekommt Knüppel und Tränengas ab. <

■ SVU Köln

100.000 FÜR GAZA



Das Klima der Angst ist durchbrochen. Alle können jetzt Gaza-Komitees aufbauen!

Über Hunderttausend waren am 27. September in Berlin auf der Straße gegen den Völkermord in Gaza. Die Zusammensetzung ähnelte einem Stadtteilstreit – Junge und Alte, Menschen aus allen Teilen der Republik, mit und ohne Migrationsgeschichte. Erstmals hatten Teile der Gewerkschaften mobilisiert.

Überall Slogans: »Es ist kein Krieg, es ist ein Genozid«, »Deutschland finanziert – Israel bombardiert« und viele andere.

Die schweigende Mehrheit wurde sichtbar, die gegen den Völkermord ist, gegen die Waffenexporte der Bundesregierung, gegen die andauernde diplomatische Rückenbedeckung Deutschlands für Israels Verbrechen. Diese Mobilisierung wird allen Mut geben, weiter Druck zu machen.

»Ich traue mich jetzt, von Genozid zu sprechen«

Die 84-jährige Adelheid aus Wiesloch in Baden-Württemberg steht sinnbildlich für den Stimmungsumschwung: »Ich traue mich jetzt auch von Genozid zu sprechen, egal was manche denken.«

Zehntausende kehren in ihre Stadtteile, an ihre Arbeitsorte, Schulen und Unis zurück und sind motiviert, die Bewegung fortzusetzen.

Die Schülerin Elisa aus Hamburg forderte: »Es müsste viel mehr Proteste geben!« In den sieben Tagen vor der Demo in Berlin hatte es an der Elbe drei Kundgebungen und eine Demo zu Palästina gegeben. »Davon habe ich nichts gehört. Ich wäre hingegangen!«, sagte sie.

Alle können Gaza-Komitees gründen

Wie stellt die Bewegung sicher, dass möglichst viele Menschen von den Aktivitäten erfahren, auch wenn keine Stars über Instagram Werbung machen?

Ein Ansatz ist das Gaza-Komitee in Berlin. Es ist ein Ort, an dem Menschen in ihrem Stadtteil aktiv werden können, ohne ein politisches Programm unterzeichnen zu müssen. Einzige Voraussetzung: Aktiv werden gegen den Völkermord!

Das Komitee organisiert Kundgebungen und Plakatierungen, verteilt Infomaterialien, macht Infoveranstaltungen. Es erreicht viele Menschen im Stadtteil und hilft allen Interessierten, selbst in ihrem Umfeld zu Multiplikator:innen zu werden.

Eine Lehrerin aus Hamburg erzählte Sozialismus von Unten, dass sie ein Gaza-Komitee in ihrer Schule gegründet hat. Das zeigt: Überall ist es möglich, es braucht nur eine Person, die die Initiative ergreift. Und die Bewegung braucht solche Komitees überall. <

■ *Carl Schreiber, Hamburg*

Foto: Mehr als 100.000 Menschen beteiligten sich an der »All Eyes on Gaza«-Demonstration in Berlin (Fridays For Future).